



Zahl: 004-1/2010/Ko

Wilhelmsburg, 07.10.2010

Betrifft: 6. Gemeinderatssitzung des Jahres 2010

Protokoll

über die Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, dem 07.10.2010, im Gasthaus Franzl (Extrazimmer), Bahnhofstraße 27.

Sitzungsbeginn: 18.00 Uhr

Ende: 21.00 Uhr

Anwesende:

Bürgermeister Mag. Herbert Choholka als Vorsitzender
Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler

Stadträte:

Markus Berger, Christine Choholka, Norbert Damböck, Walter Schmid

Gemeinderäte:

Johanna Berger, Thomas Fischer, Robert Gabath, Günther Hieß, Karl Lanzenbacher, Herbert Müllner, Eva Prischl, Thomas Weissenböck, Willibald Wltschek, Christian Brödl (ab 18.35 Uhr), Johann Graßmann, Margarete Hirn, Markus Holzer, Mag. Wilhelm Schreiber, Alfred Zauner, Christian Brenner, Herbert Ruprechter, Helmut Weininger, Samir Kesetovic

Entschuldigt: STR Andreas Fertner, GR Gerald Manhart, GR Manfred Schönleitner,
GR Christian Brödl, GR Michaela Waxenegger,

Schriftführer: Stadtamtsdirektor Reinhard Kotheck

Bürgermeister Mag. Herbert Choholka begrüßt als Vorsitzender die Damen und Herren des Gemeinderates.

Zur vorliegenden Tagesordnung werden gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 drei Dringlichkeitsanträge eingebracht:

Bürgermeister Mag. Herbert Choholka

- Personalangelegenheiten, Musikschule – Mirjam Weißinger, Gewährung eines Karenzurlaubes mit Entfall der Bezüge

Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler

- Schulische Nachmittagsbetreuung – Austausch der Fenster im Gebäude der Nachmittagsbetreuung

Die beiden Dringlichkeitsanträge (Beilagen 1 und 2) werden einstimmig unter den Tagesordnungspunkten 11a und 20a in die Tagesordnung aufgenommen.

GR Herbert Ruprechter

- Bezügeerhöhung der Bürgermeister und der übrigen Mandatäre – Beschlussfassung einer Resolution an den NÖ Landtag um Aussetzung bzw. Beschickung eines Sozialfonds durch Mandatärebezüge als Sofortmaßnahme

Die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages (Beilage 3) wird mit den Stimmen aller anwesenden Mandatäre von SPÖ und ÖVP abgelehnt, Herr GR Samir Kesetovic enthält sich der Stimmabgabe.

Die Tagesordnungspunkte 6, 11, 11a, 12 und 21 werden vom Bürgermeister gemäß § 47 Abs. 3 NÖ GO 1973 in nichtöffentliche Sitzung verwiesen.

Berichterstatter und Antragsteller Bürgermeister Mag. Herbert Choholka

1.) Ko;

Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Bürgermeister Mag. Herbert Choholka stellt die Beschlussfähigkeit gem. § 48 Abs. 1 NÖ GO 1973 fest. Der Gemeinderat zählt 29 Mitglieder, anwesend sind 24 (25 ab TOP 13).

2.) Ko;

Entscheidung über Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift (Sitzungsprotokoll) der letzten Sitzung vom 02.06.2010.

Auf die Verlesung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 02.06.2010 wird einstimmig verzichtet, gegen den Inhalt des Sitzungsprotokolls wurden keine schriftlichen Einwendungen erhoben, dieses gilt somit gem. § 53 Abs. 5 NÖ GO 1973 als genehmigt.

3.) PZ.: 2056/2057/10/Ko;

Ansuchen um Spenden und Subventionen.

FF Wilhelmsburg Stadt – Gewährung einer Sondersubvention

anlässlich des 140-jährigen Bestandsjahres € 1.000,00

ASBÖ Gruppe Wilhelmsburg – Gewährung einer Sondersubvention

anlässlich des 60-jährigen Bestandsjahres € 00,00

Der Gemeinderat stimmt beiden Sondersubventionsgewährungen einstimmig zu.

4.) Ko;

Angebot „Projekt Flesch-Wilhelmsburg“ - Dozent Mag. Roland Schwab.

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka erläutert den Damen und Herren des Gemeinderates die von Herrn Dozent Mag. Roland Schwab gegenüber der Stadtgemeinde angebotenen Leistungen zur inhaltlichen Gestaltung zweier Informationstafeln am neuen „Flesch-Platz“ sowie weiterer im Schreiben vom 07.06.2010 ausführlich beschriebenen Leistungen. Im Gegenzug sollen von der Stadtgemeinde Wilhelmsburg im Rahmen einer eingegangenen Abnahmeverpflichtung 100 Stück des Buches „500 Jahre Familie Flesch“ zum Preis von € 3990 pro Buch angekauft werden.

Der Gemeinderat stimmt der Vorgehensweise einstimmig zu und spricht Herrn Dozent Mag. Roland Schwab ein großes Lob für seine fachkundige Tätigkeit aus.

Wortmeldungen:

Herr STR Walter Schmid schließt sich dem Lob des Gemeinderates vollinhaltlich an und bezeichnet Herrn Dozent Mag. Roland Schwab als profunden Kenner der Wilhelmsburger Geschichte.

Herr STR Norbert Damböck erklärt, dass sich der Termin der beabsichtigten Buchpräsentation zeitlich verzögern werde und wünscht sich eine weitere Zusammenarbeit zwischen Stadtgemeinde Wilhelmsburg und Herrn Dozent Mag. Roland Schwab.

5.) PZ.: 1928/10/Ko, Hö;

Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (BVA); Vorlage des Prüfberichtes über die Einschau vom 26.05.2010.

Der Bürgermeister berichtet dem Gemeinderat über das Prüfergebnis des Prüfzeitraumes 2008 bis April 2010. Grundsätzlich wurden keine negativen Feststellungen getroffen, lediglich für einen Mandatar sind Krankenversicherungsbeiträge (nach einem erfolgten Verzicht auf einen Teil der Aufwandsentschädigung) in der Höhe von € 1.041,55 zuzüglich € 96,14 Verzugszinsen nachträglich zu bezahlen. Das Ergebnis der BVA-Prüfung wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

6.) nichtöffentlicher Sitzungsteil;

7.) Ko;

Bauhof – Ankauf eines Kastenwagens (Ersatzanschaffung); Finanzierungsbeschluss.

Der Bürgermeister berichtet über eine erforderliche Ersatzanschaffung/Ankauf eines Kastenwagens der Marke Citroen Jumper 2,2 HDI beim KFZ-Betrieb Autohaus Bendl GmbH., 3161 St. Veit, Hauptstraße 35, zum Preis von € 21.700,00 inkl. NOVA und MWSt.

Hinsichtlich der Finanzierung ergeht der Antrag um Zustimmung zum Abschluss eines Leasing-Vertrages mit der NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeimmobilienservice GmbH, 1020 Wien, Hollandstraße 11-13. Die Vertragslaufzeit soll 54 Monate betragen, die monatliche Leasingrate € 417,67. Das Vorhaben des KFZ-Ankaufes ist im VA 2010 nicht enthalten, die Finanzierung der Raten für das Jahr 2010 soll aus dem Fahrzeugerlös des defekten Bauhof-Kastenwagens erfolgen, die weiteren Leasingraten sollen in den MFP aufgenommen werden.

Der Gemeinderat stimmt der beantragten Finanzierung und Vergabe an den Bestbieter der Finanzdienstleistung einstimmig zu.

8.) PZ.: 813/10/Bgm;

Bestellung eines Bildungsbeauftragten.

In Entsprechung des vorliegenden Schreibens von Herrn Landesrat Mag. Johann Heuras vom 02.03.2010 wird vorerst Herr Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler einstimmig zum Bildungsbeauftragten der Stadtgemeinde Wilhelmsburg vorgeschlagen. In weiterer Folge ist jedoch angedacht, eine Person, welche nicht dem Gemeinderat angehört, als Bildungsbeauftragten zu nominieren.

9.) Ko;

Installierung eines Sicherheitsmanagers.

Auf Grund der vorliegenden Schreiben des Sicherheitsdirektors des Landes NÖ und der BH St. Pölten, Fachgebiet Polizei, wird Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka einstimmig als Sicherheitsmanager der Stadtgemeinde Wilhelmsburg bestellt. Der Sicherheitsmanager stellt das Bindeglied zwischen Sicherheitsbehörde, Gemeinde und Bürger dar und soll aus dem Kreise der Mitglieder des Gemeinderates bestellt werden.

10.) PZ.: 3339/10/Bau;
Liegenschaftsangelegenheiten.

Fa. Laufen Austria AG - Unterfertigung einer Vereinbarung betreffend die Asphaltierung der Bahntrasse der Industriebahn im Kreuzungsbereich mit der Bahnhofstraße. Die Vereinbarung liegt dem Gemeinderat im Originalwortlaut vor und findet ohne jegliche Abänderung die einhellige Zustimmung zur Unterfertigung. Wesentlicher Inhalt der Vereinbarung ist, dass sich die Stadtgemeinde Wilhelmsburg verpflichtet, im Falle der Wiederaufnahme des Betriebes der Industriebahn den ursprünglichen Schienenstrang auf Eigenkosten wieder herzustellen.

Hinweis:

Zur nachfolgenden Beschlussfassung erklärt sich Herr STR Norbert Damböck als befangen und verlässt den Sitzungssaal.

Grenzkorrektur Flesch-Platz – Zustimmung gemäß § 15 LTG zum vorliegenden Teilungsplan GZ: 9481-2010 vom 06.09.2010 erstellt, vom Vermessungsbüro DI Paul Thurner, 3100 St. Pölten, Schillerplatz 3.

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka berichtet über die erfolgten Gestaltungsmaßnahmen im Bereich des Flesch-Platzes, aufgrund derer sich auch Änderungen in der Natur ergeben haben, welche eine planliche und grundbücherliche Bereinigung erfordern. Diese Grundbereinigung betrifft das Grundstück Nr. 660/21 KG Wilhelmsburg, erforderliche Grundabtäusche sollen zu den ursprünglichen Grundpreisen erfolgen.

Der Gemeinderat stimmt dem vorliegenden Teilungsplan einstimmig zu.

11.) nichtöffentlicher Sitzungsteil;

11a) nichtöffentlicher Sitzungsteil;

12.) nichtöffentlicher Sitzungsteil;

Herr STR Christian Brödl erscheint um 18.35 Uhr und nimmt an der Beratung und Abstimmung ab TOP 13 teil.

13.) Ko;

Beschlussfassung über die Gründung eines Dienstleistungsunternehmens.

Einleitend zu diesem Tagesordnungspunkt berichtet Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka über die Grundintensionen und Zielsetzungen zur Gründung eines Dienstleistungsunternehmens mit den Aufgabenbereichen

- Winterdienst (Schneeräumung und Sandstreuung) und Sommerdienst (Straßenkehrung, Straßenreinigung)
- Durchführung einfacher Gartenarbeiten
- Reinigungsgewerbe
- Entrümpelung

Im Rahmen der bisher angestellten wirtschaftlichen Überlegungen sollte durch die Unternehmensgründung der Bauhof entlastet, auf seine Kernkompetenz gemeindeeigener Aufgaben beschränkt werden, und die unternehmerischen Leistungen in ein eigenes Dienstleistungsunternehmen ausgelagert werden. Das neu zu gründende Unternehmen sollte auf Gewinn orientiert sein und nach privatwirtschaftlichen

Erfordernissen geführt werden. Die organisatorische Abgrenzung zum Gemeinderat sollte analog der derzeitigen Führung des Unternehmens Elektrohaus darin bestehen, dass sämtliche Personalagenden (unbefristete Dienstverhältnisse) der Beschlussfassung durch den Gemeinderat bedürfen bzw. die Unternehmensbilanz dem Gemeinderat und seinen Gremien vorgelegt wird. Der Bürgermeister verweist auf die zahlreich bisher geführten Besprechungen und ersucht um entsprechende Wortmeldungen.

Wortmeldungen:

Herr GR Mag. Wilhelm Schreiber stellt die Anfrage nach

- dem beabsichtigtem Umfang der Ausgliederung
- der Thematik Hausbesorger
- der Geschäftsführung

Hierzu erklärt Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka, dass eine gänzliche Ausgliederung des Bauhofes nicht sinnvoll erscheine, sondern Zusatzaufgaben unternehmerisch ausgelagert, hoheitliche Aufgaben weiterhin unverändert bestehen bleiben sollen.

Zur Thematik Hausbesorger erklärt der Bürgermeister, dass die örtlichen Wohnbauträger vermehrt den Wunsch nach Übernahme von Reinigungs- und Wartungsarbeiten geäußert haben und hier eine Möglichkeit der Aufgabenerfüllung durch das Unternehmen mit Rechnungslegung besteht.

Die Geschäftsführung des Unternehmens soll von einem Vertragsbediensteten ausgeübt werden, vorerst wurde bereits ein Mitarbeiter befristet eingestellt.

Herr GR Samir Kesetovic übt heftige Kritik an der bisher geübten Vorgangsweise der Anmeldung des Unternehmens bereits vor Zustimmung durch den Gemeinderat und äußert auch Bedenken hinsichtlich des angesprochenen Kundenkreises. Die Zuständigkeit des Gemeinderates sei seiner Meinung nach übergangen worden.

Es erfolgt die Abstimmung über den Bürgermeisterantrag:

Der SPÖ-Klub sowie die FPÖ-Mandatare GR Herbert Rupprechter und GR Helmut Weiniger stimmen für den Antrag; der ÖVP-Klub, Herr GR Samir Kesetovic sowie der FPÖ-Gemeinderat Herr Christian Brenner stimmen gegen den Antrag.

Abstimmungsergebnis: 16:9

14.) PZ.: 2834/10/Ko;

Einhebung der Schulungsbeiträge für Gemeindevandatare und Nachwuchskräfte durch die Bezirksverwaltungsbehörde – der Bürgermeister berichtet dem Gemeinderat über ein vorliegendes Schreiben der BH St. Pölten, Fachgebiet Wahlen, Gemeinden, Kultur und Vollstreckungen, in welchem aufgrund eines Übereinkommens der Gemeindevertreterverbände von ÖVP und SPÖ neue Sätze für Schulungsbeiträge zu beschließen sind. Die Erhöhung der Beträge für die Jahre 2011 bis 2015 beträgt laut Schreiben der BH St. Pölten vom 30.07.2010 je € 0,04 pro Jahr, ausgehend von € 1,66 pro Einwohner für das Jahr 2010.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag einstimmig zu. Im Rahmen von Wortmeldungen und der allgemeinen Diskussion wird die Vorgehensweise zur Erhöhung der Schulungsgelder kritisiert, zumal die Kurskosten für Gemeindevandatare ohnehin kostenpflichtig sind.

15.) Ko, Hö;

Versicherungswesen – der Gemeinderat stimmt dem Abschluss einer Elektro- und Elektronikpauschalversicherung für die Bereiche Amtsgebäude, Schule Nord und Schule Süd mit einer Jahresprämie in der Höhe von € 2.453,62 laut Angebot des Versicherungsbüros Dr. Schulte vom 12.08.2010 einstimmig zu.

Der Gesamtversicherungswert beträgt € 74.000,00, der Selbstbehalt pro Schaden € 150,00.
Ein etwaiger Datenverlust ist nicht versichert, zusätzliche Sicherungsmaßnahmen wie die Installierung eines Vorschaltsschutzes sind nicht erforderlich.

16.) Hö;

Neubeschluss einer Verordnung über die Erhebung der Hundeabgabe ab 01.01.2011 - der Bürgermeister erklärt die neue Gesetzeslage betreffend das NÖ Hundehaltegesetz, der dazu gehörenden NÖ Hundehalte – Sachkundeverordnung und das NÖ Hundeabgabengesetz 1979.

Im Rahmen der neuen Gesetzgebungen wurde insbesondere der sogenannte „Hundeführerschein“ für gefährliche und auffällige Hunde eingeführt, eine Neuregelung der Hundeabgabe wurde zwingend vorgeschrieben bzw. die Zuständigkeit dahingehend geregelt, dass diese ab sofort bei den Gemeinden liegt. Durch die im NÖ Hundehaltegesetz bestimmten Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotenzial und auffälligen Hunde wurde das NÖ Hundeabgabengesetz 1979 dahingehend abgeändert, dass die Hundeabgabe für diese Hunde ab 01.01.2011 jährlich mindestens das Zehnfache der für Nutzhunde festgesetzten Hundeabgabe (€ 6,54) betragen muss.

Die Abgabe für die so genannten übrigen Hunde muss wie bisher jährlich mindestens das Doppelte der für Nutzhunde festgesetzten Hundeabgabe betragen.

Die Abgabe für Nutzhunde ist mit höchstens € 6,54 jährlich gesetzlich vorgegeben.

Der Bürgermeister berichtet zu den Tarifen über die ausführlichen Beratungen im Finanzausschuss, es ergeht die Empfehlung nachfolgende Tarifbeschlüsse zur Erhebung der Hundeabgabe ab 01.01.2011 zu beschließen:

- | | | |
|--|-------------------|---------------------------|
| 1. für Nutzhunde jährlich | € 6,54 pro Hund | (wie bisher durch Gesetz) |
| 2. für Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotential und auffällige Hunde nach §§ 2 und 3 NÖ Hundehaltegesetz jährlich | € 100,00 pro Hund | (neu) |
| 3. für alle übrigen Hunde jährlich | € 35,00 pro Hund | (bisher 30,00) |

Zu diesem Antrag ergehen nachfolgende Wortmeldungen:

Herr GR Christian Brenner erklärt, dass der Tarif für Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotential und auffällige Hunde wesentlich überhöht und auch nicht mit dem hierfür erforderlichen Verwaltungsaufwand begründbar sei.

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka entgegnet zu dieser Wortmeldung, dass gerade bei Verletzungen und Einstufungsverfahren ein erheblicher Verwaltungsaufwand gegeben sei und der Tarif von € 100,00 für Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotential und auffällige Hunde durchaus dem Städtedurchschnitt entspreche.

Herr Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler erklärt, dass die Gesetzgebung und die Einstufung gefährlicher Hunde seiner Meinung nach nicht nachvollziehbar sei und auch keinesfalls zu einer Reduzierung der Bisshäufigkeit führen werde.

Herr STR Walter Schmid bezeichnet die neue Gesetzeslage als durchaus sinnvoll. Er bemerkt zur allgemeinen Thematik der Hundehaltung, dass entlang des rechtsufrigen Traisendamms keine Hundestationen aufgestellt sind, dieser Erholungsweg jedoch von Hundebesitzern sehr stark frequentiert wird. Um Aufstellung von zumindest drei Hundestationen wird ersucht.

Der Umweltgemeinderat sichert die eheste Umsetzung der Aufstellung der angeregten Hundestationen zu.

Es erfolgt die Abstimmung über den Verordnungsbeschluss über die Erhebung der Hundeabgabe, welche dem Gemeinderat zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bereits im Originalwortlaut vorliegt (Beilage 4):

Dem Verordnungsbeschluss stimmen alle Mandatare der SPÖ und ÖVP-Fraktion einstimmig zu, die FPÖ-Fraktion und Herr GR Samir Kesetovic stimmen gegen den vorliegenden Verordnungsbeschluss. Die Verordnung über die Erhebung der Hundeabgabe gilt somit als mit Mehrheit beschlossen.

17.) Ko;

Traisentalbahn – neuer Fahrplan, Petition für den Erhalt der Bahnstrecke Freiland – St. Aegy/Nw; Bericht.

Zu diesem Tagesordnungspunkt berichtet der Bürgermeister über ein am 30.08.2010 im Gemeindeamt Lilienfeld stattgefundenes Gespräch mit den Verantwortlichen der ÖBB Infrastruktur sowie des Verkehrsverbundes und des Postbusses. Zum einen wurde darüber berichtet, dass mit Beginn des neuen Fahrplanes (12.12.2010) die ÖBB Infrastruktur die Strecke zwischen Freiland und St Aegy nicht mehr betreiben wird. Dies gilt sowohl für den Personenverkehr als auch für den Güterverkehr. Bezüglich des Personenverkehrs wird die Strecke vom Postbus bedient und die Busse werden bis Kernhof geführt. Offen ist derzeit noch, ob der Bus von St. Pölten direkt bis Türnitz geführt wird, oder ob die Busstrecke von St. Pölten direkt bis Kernhof führen wird.

Die ansässigen Betriebe wurden von der ÖBB bereits darüber informiert, dass auch der Güterverkehr nicht mehr erfolgen wird. Wenn ein Betrieb der Bahn weiterhin gewünscht wird, so ist dies vom Land bzw. von den Betrieben zu beauftragen. Hierfür bietet sich die Möglichkeit einer Anschlussbahn, für die es 50 % Unterstützung durch die ÖBB im Hinblick auf die Erstinvestitionen gibt.

Von den Bürgermeistern der Region wurde eine Petition an das Infrastruktur-Ministerium verfasst. Eine Demonstration und Blockade mit LKW's vor dem Infrastruktur-Ministerium ist für den 13. Oktober geplant.

Mit dem neuen Fahrplan (Umstellung 12.12.2010) wird es in Wilhelmsburg eine wesentliche Verbesserung der Verkehrsdichte des öffentlichen Verkehrs geben. Bisher sind die Bahn und der Bus zur selben Zeit gefahren. Mit Beginn des neuen Fahrplanes 2010 wird der jeweils bereits jetzt im Einsatz befindliche Stundentakt auf die beiden Verkehrsmittel so abgestimmt, dass alle halbe Stunde ein öffentliches Verkehrsmittel verkehrt. Dies ist eine langjährige Forderung unserer Stadt als auch der Region, die nunmehr umgesetzt wird.

Allgemein wird große Kritik an der beabsichtigten Einstellung der Streckenführung zwischen Freiland und St. Aegy geübt. Seitens der ÖBB Infrastruktur scheinen die erforderlichen Investitionen zur Aufrechterhaltung der Streckenführung in der Höhe von 40 Millionen Euro nicht rentabel. Für die Aufrechterhaltung des Personenverkehrs wären täglich 2.000 Fahrgäste erforderlich.

Für die Zukunft erscheint nach derzeitigem Wissensstand lediglich die Aufrechterhaltung des Güterverkehrs als Anschlussbahnführung möglich. Derzeit werden auf der Bahnstrecke täglich zwei Holztransporte geführt, zusätzlich besitzt die Firma isoplus Fernwärmetechnik Gesellschaft m.b.H., 3192 Hohenberg, Furthoferstraße 1a, einen eigenen stark frequentierten Bahnanschluss.

Die Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Streckenführung veranlasste alle Bürgermeister der betroffenen Gemeinden zur Abfassung der Petition.

Wortmeldungen:

Herr GR Mag. Wilhelm Schreiber verweist in diesem Zusammenhang auf die Diskussion rund um die Thematik B334 und die daraus gewonnene Erkenntnis, dass die Bevölkerung zumeist großes Interesse für die eigene Situation aufbringt, jedoch kaum Interesse für Anliegen der Nachbargemeinden besteht.

18.) Ko, Hö, Se, Bau, Mü;

Niederschrift über die angesagte Sitzung des Prüfungsausschusses vom 16.06.2010 – Vorlage an den Gemeinderat gemäß § 82 Abs. 3 NÖGO 1973.

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka berichtet über das Ergebnis der stattgefundenen Prüfung (Beilage 5) und verliest die schriftliche Stellungnahme des Bürgermeisters und des Kassenverwalters gemäß Beilage 6.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Prüfungsausschusses erläutert Herr GR Mag. Wilhelm Schreiber die einzelnen Prüfergebnisse im Detail. Hierbei werden insbesondere trotz des sehr guten Erfolges des Projektes und der Errichtung Fachmarktzentrum „City-Box“ die sehr hohen Beteiligungskosten besprochen. Die Kosten betragen per 16.06.2010 ca. € 544.000,00. Lt. Herrn Ing. Erich Kerschner sind aber noch offene Rechnungen vorhanden. Der genehmigte Kreditrahmen beträgt € 650.000,00.

Die angelaufenen Kosten für das nicht umgesetzte Projekt „Jugendbibliothek“ belaufen sich auf € 9.792,00. Der unterzeichnete Mietvertrag ist noch immer rechtsgültig. Es liegt keine schriftliche Kündigung des 5-jährigen Mietvertrages vor, nur ein handschriftlicher Vermerk des Vizebürgermeisters Herrn Rudolf Ameisbichler auf einer Rechnung.

Berichterstatter und Antragsteller Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler

19.) PZ.: 2253/10/Ko;

Schulische Nachmittagsbetreuung – Herr Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler berichtet über eine Mitteilung des Vereines „Hand in Hand – NÖ Familienland“, wonach die Elternbeiträge für die schulische Nachmittagsbetreuung in Anlehnung an die Bundesschulen für eine 5-Tage-Betreuung pro Woche von bisher € 80,00 auf € 88,00 erhöht werden. In Anlehnung an die Empfehlung des Landes NÖ für eine Staffelung der Elternbeiträge werden nunmehr folgende Kostenbeiträge beantragt:

- 5 Tage - € 88,00
- 4 Tage - € 77,00
- 3 Tage - € 61,00
- 2 Tage - € 44,00
- 1 Tag - € 33,00

Dem Antrag stimmen sämtliche Mandatare von SPÖ, ÖVP und FPÖ zu, Herr GR Samir Kesetovic, Die Grünen, stimmt mit der Begründung einer ohnehin bereits übermäßigen finanziellen Belastung der Familien gegen den Antrag.

20.) PZ.: 2436/10/Ko;

Schule Nord – über Antrag des Referenten stimmt der Gemeinderat einstimmig dem Austausch der EDV-Ausstattung im Lehrsaal I (außerplanmäßige Ausgabe) durch die Fa. CORIS EDV, Wilhelmsburg, Lilienfelder Straße 63, als Bestbieter zu einem Preis von € 16.617,84 zu.

Finanzierungsbeschluss:

Außerplanmäßige Ausgabe – der Ankauf der EDV-Anlage soll über Darlehensfinanzierung erfolgen, aufgrund der Anbotseinholung erfolgt die Kreditvergabe an die Volksbank NÖ Mitte, 3100 St. Pölten, Brunnengasse 10, als Bestbieter. Die Laufzeit beträgt 3 Jahre, die Tilgung erfolgt in halbjährlichen Raten ab 01.01.2011.

20a.) Dringlichkeitsantrag;

Schulische Nachmittagsbetreuung – Gebäudesanierung durch Austausch der bestehenden Fenster samt der erforderlichen baulichen Begleitmaßnahmen.

Herr Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler beantragt noch vor Beginn der Heizperiode die Fenster beim Gebäude der Nachmittagsbetreuung ehest auszutauschen, die erforderlichen Verblechungen herzustellen und zur Beschattung Außenjalousien zu installieren. Die Gesamtsumme dieser Sanierungsmaßnahme beträgt ca. € 10.000,00 und wird im Jahre 2011 budgetwirksam.

Wortmeldung:

Herr STR Walter Schmid stellt die Anfrage, ob der Allgemeinzustand des Gebäudes die beabsichtigten Investitionen rechtfertigt, was Herr Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler bejaht.

In der anschließenden Abstimmung stimmt der Gemeinderat einstimmig den Sanierungsmaßnahmen und der Finanzierung zu. Der Auftrag des Fenstertausches wird im Rahmen der Direktvergabe als Folgeauftrag an die Fa. POLYBAU Fenster GmbH & Co KG, 3300 Amstetten, Mitterfeldstraße 24, erteilt.

Berichterstatter und Antragsteller GR Alfred Zauner für den entschuldigten STR Andreas Fertner

21.) nichtöffentlicher Sitzungsteil;

22.) PZ.: 3114/10/Ko;

Wirtschaftsförderung - Verein Pro Wilhelmsburg Wirtschaft – dem vorliegenden Ansuchen um Gewährung einer Subvention für die „Einkaufsnacht 2010“ in der Höhe von € 5.000,00 wird einstimmig zugestimmt. Die erhöhte Subventionsgewährung wird vom Referenten mit einem finanziellen Mehraufwand und größeren Attraktionen anlässlich der abgehaltenen Einkaufsnacht begründet. Die vom Stadtrat geforderte Kostenaufstellung liegt dem Gemeinderat vor. Die Ausgabe ist im VA 2010 vorgesehen.

Wortmeldung:

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka lobt den großen Erfolg der Veranstaltung. Hinsichtlich der Subventionsgewährung verweist der Bürgermeister auch auf die zusätzliche Unterstützung der Veranstaltung durch die Stadtgemeinde Wilhelmsburg in Form der erfolgten Personalbeistellung.

Berichterstatter und Antragsteller STR Markus Berger

23.) Bau;

Straßenbau - Sanierung der Bahnhofstraße; nachträgliche Beschlussfassung.

Herr STR Markus Berger berichtet dem Gemeinderat über die Notwendigkeit der Durchführung von Sanierungsarbeiten im Bereich der Bahnhofstraße. Der Straßenzustand kann als sehr desolat bezeichnet werden, sodass weitere Frosteinwirkungen zu erheblichen Schäden und möglichen Gefährdungen der Straßenteilnehmer geführt hätten. Aus diesem Grund wurden die Sanierungsarbeiten bereits in Auftrag gegeben und wird die nachträgliche Zustimmung zum Vorhaben beantragt.

Der Gemeinderat erteilt dem Antrag seine einhellige Zustimmung. Die nachträgliche Auftragserteilung erfolgt an die Fa. STRABAG AG, 3106 St. Pölten, Ernst Maerker-Straße 20, mit einer Auftragssumme von € 45.264,00 als Direktvergabe/Folgeauftrag.

Die Ausgabe ist im VA 2010 nicht vorgesehen, die Verbuchung erfolgt über den Ansatz AOH-Straßenbau, beim Amt der NÖ Landesregierung wird für das Vorhaben um Zuerkennung von projektbezogenen Bedarfszuweisungen angesucht.

Wortmeldungen:

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka ersucht die Mitglieder der ÖVP um tatkräftige Unterstützung zur Erlangung von Bedarfszuweisungen bei Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll.

Herr GR Samir Kesetovic stellt die Anfrage nach der Einholung von entsprechenden Gegenoffers vor Auftragserteilung an die Fa. STRABAG AG, Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka erläutert hierzu, dass es sich bei der Vergabe um eine Direktvergabe als Folgeauftrag gehandelt hat.

24.) Bau;

Straßenbeleuchtung Traisenau – Erneuerung der elektrischen Schutzmaßnahmen.

Herr STR Markus Berger berichtet über einen gänzlichen Stromausfall der Straßenbeleuchtung im Bereich der Traisenau – aufgrund bereits erfolgter Untersuchungen wurde festgestellt, dass zu viele Lichtpunkte an einer EVN-Einspeisestelle angeschlossen sind. Es mussten hierauf unverzüglich Sicherungs- und technische Umbaumaßnahmen an das örtliche Elektrohaus vergeben werden. Der finanzielle Aufwand beläuft sich auf ca. € 10.000,00, die Ausgabe ist im VA 2010 nicht vorgesehen. Der Gemeinderat stimmt der Auftragserteilung und der Vergabe an das örtliche Elektrohaus (Inhouse-Vergabe) einstimmig zu.

Berichterstatter und Antragsteller STR Norbert Damböck

25.) PZ.: 1640/10/Ko;

Musikschule – Änderung der Förderrichtlinien gem. 11. Novelle NÖ Musikschulplan; Änderung der Musikschultarife.

Herr STR Norbert Damböck berichtet dem Gemeinderat über den Inhalt der Mitteilung des Musikschulmanagements NÖ vom 17.06.2010, wonach ab dem Schuljahr 2010/2011 keine Wochenstunden, die im Einzel- und Kleingruppenunterricht von Erwachsenen über 19 Jahre (es bestehen jedoch Ausnahmeregelungen) besucht werden, gefördert werden.

Dieser Umstand erfordert eine Neugestaltung der Musikschultarife für Erwachsene, wobei im Rahmen des Neubeschlusses auch eine Indexanpassung der übrigen Musikschultarife erfolgen soll.

Diese Empfehlung beruht auf den Besprechungsergebnissen des zuständigen Ausschusses, an welchem auch der Leiter der örtlichen Musikschule, Herrn Dir. Erwin Loskott, teilgenommen hat.

Wortmeldungen:

Herr GR Samir Kesetovic spricht sich unter Hinweis auf eine allgemeine „Erhöhungsflut“ gegen die neue Tarifgestaltung aus.

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka bezeichnet grundsätzlich Tarifierhöhungen und zusätzliche Belastungen der Bevölkerung als bedauerlich und unpopulär, diese stellen aber leider im Rahmen der allgemeinen Finanzlage eine Notwendigkeit dar.

Die Mandatare von SPÖ, ÖVP und FPÖ stimmen den vorliegenden Musikschultarifen (Beilage 7), gültig ab dem Musikschuljahr 2010/2011 einstimmig zu, Herr GR Samir Kesetovic, Die Grünen, stimmt gegen die neue Tarifordnung.

26.) PZ.: 2906/290710/Ko;

Kultur – Ansuchen des Vereines Wilhelmsburger Geschirr Museum um Subventionsgewährungen für die Sonderausstellung „handgemalt“ und die Auflage eines Museumsführers.

Herr STR Norbert Damböck berichtet über die ausführlichen Beratungen im zuständigen Ausschuss und dessen Empfehlung, die Sonderausstellung „handgemalt“ mit einem Betrag von € 3.000,00 finanziell zu unterstützen. Das Ansuchen um Gewährung einer Subvention für die erste Auflage eines Museumsführers soll vorerst finanziell nicht unterstützt werden, der Referent ersucht um Zurückweisung für weitere Beratungen und Klärungen an den Ausschuss.

Wortmeldungen:

Herr GR Samir Kesetovic spricht sich grundsätzlich positiv über den Museumsbetrieb aus, erklärt jedoch, dass es hinsichtlich der Unterstützung durch die Stadtgemeinde Wilhelmsburg eines Gesamtfinanzierungskonzeptes bedarf.

Herr GR Mag. Wilhelm Schreiber verweist bezüglich der Subventionsgewährungen auf die Feststellungen des Prüfungsausschusses vom 24.06.2009.

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka und Herr STR Markus Berger sprechen sich positiv über die Museumsfrequenz und die steigenden Besucherzahlen aus bzw. wird besonders die Qualität der Museumsführung gelobt, welche sich auch in zahlreichen Auszeichnungen zeigt.

Herr STR Walter Schmid stellt die Anfrage, ob hinkünftig neben der derzeitigen Sonderausstellung „handgemalt“ laufend weitere Sonderausstellungen geplant sind – diese Anfrage bleibt vorerst unbeantwortet.

In der nachfolgenden Abstimmung spricht sich der Gemeinderat einstimmig für die Unterstützung der Sonderausstellung „handgemalt“ aus, die Behandlung des Ansuchens um Gewährung einer Subvention für den Museumsführer wird an den Ausschuss zurückverwiesen.

27.) PZ.: 2765/10/Bau;

Herr STR Norbert Damböck berichtet über das Erfordernis der Beauftragung einer Kosten-Nutzen-Analyse zur Erlangung von Fördermitteln des Bundes und Landes für das Hochwasserschutzprojekt Altenburg. Im Rahmen dieser Analyse sind die geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen auf ihre Wirtschaftlichkeit hin zu untersuchen. Die Beauftragung ergeht über Antrag des Referenten und Empfehlung von Herrn HR Dipl.Ing. Ohnutek, Abt. WA3 des Amtes der NÖ Landesregierung, einstimmig an das Ingenieurbüro Dr. Lang ZT GmbH., 2700 Wr. Neustadt, Puchbergerstraße-Industriestraße 305, zu einem vorliegenden Honorarangebot in der Höhe von €5.306,64.

Die Ausgabe ist im VA 2010 nicht vorgesehen.

Wortmeldung:

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka zeigt wenig Verständnis für das Erfordernis der Beauftragung einer Kosten-Nutzen-Analyse für Hochwasserschutzmaßnahmen – dieser Meinung schließen sich die Damen und Herren des Gemeinderates an.

28.) PZ.: 3192/10/Ko;

Wilhelmsburger Perchten Traisental – der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Gewährung einer Subvention in der Höhe von € 1.000,00 für den 10. Wilhelmsburger Perchtenlauf am 07.12.2010 aus.

Berichterstatter und Antragsteller STR Christine Choholka

29.) PZ.: 2826/Bau;

Wohnungswesen – Begründung von Wohnungseigentum – dem beabsichtigten Verkauf der Wohnung Conrad-Lester-Hof 2/29 an Herrn Dieter Weber wird mehrheitlich zugestimmt. Die Mandatare von

SPÖ, ÖVP und FPÖ stimmen für den Wohnungsverkauf, Herr GR Samir Kesetovic enthält sich der Stimmabgabe.

Der Kaufvertrag, erstellt von Herrn Notar Mag. Ferdinand Krug, Wilhelmsburg, Obere Hauptstraße 12, liegt dem Gemeinderat zum Zeitpunkt seiner Entscheidung im Originalwortlaut vor.

Wortmeldungen:

Herr GR Samir Kesetovic bemängelt das Fehlen eines Verkehrswertgutachtens zur Prüfung der beabsichtigten Wohnungseigentumsbegründung.

Frau STR Christine Choholka erklärt, dass das Verkehrswertgutachten vorliege und es jederzeit eingesehen werden hätte können.

30.) Bau;

Wohnungswesen – Begründung von Wohnungseigentum – dem beabsichtigten Verkauf der Wohnung Conrad-Lester-Hof 1/16 an Frau Elfriede Fuchs wird mehrheitlich zugestimmt. Die Mandatare von SPÖ, ÖVP und FPÖ stimmen für den Wohnungsverkauf, Herr GR Samir Kesetovic enthält sich der Stimmabgabe.

Der Kaufvertrag, erstellt von Herrn Notar Mag. Ferdinand Krug, Wilhelmsburg, Obere Hauptstraße 12, liegt dem Gemeinderat zum Zeitpunkt seiner Entscheidung im Originalwortlaut vor.

31.) Se;

Aktion „Essen auf Rädern“ – Frau STR Christine Choholka berichtet über das Erfordernis des Ersatzankaufes eines neuen Transportfahrzeuges für die Aktion „Essen auf Rädern“ (TOYOTA Hiace Diesel 2,5) der Fa. Auto Frech GesmbH., 3106 St. Pölten, Porschestraße 10, zum Preis von € 20.600,00 exkl. USt.

Die Finanzierung wird wie folgt beantragt:

- Abschluss eines Leasingvertrages mit der Raiffeisen Leasing Mobilien und KFZ GmbH., 1020 Wien, Hollandstraße 11-13
- Leasingraten-Vorauszahlung € 4.166,67 exkl. USt. aus Rücklagenentnahme/Auflösung der Rücklage
- Ausfinanzierung über 59 Monatsraten a € 346,47 inkl USt.

Der beantragten Finanzierung des Ersatzankaufes des Fahrzeuges für die Aktion „Essen auf Rädern“ wird einstimmig zugestimmt, die Finanzierung ist in den VA 2011 bzw. in die MFP-Planung aufzunehmen.

32.) Bau;

Wohnungsvergaben – der Gemeinderat stimmt nachfolgenden Wohnungsvergaben einstimmig zu:

- Lilienfelder Straße 41/2/6 (früher Hartmann) an Windl Alexander ab 01.08.2010
- Lilienfelder Straße 1/1/5 (früher Lanzenbacher) an Siedl Markus ab 01.07.2010

Berichte und Anträge des UGR

Eingangs der Berichterstattung durch den UGR berichtet Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka über eine stattgefundene Besprechung mit dem Kommando der FF-Wilhelmsburg Stadt am 09.06.2010.

Anlässlich dieser Besprechung und Vor-Ort-Besichtigung mussten am FF-Gebäude umfassende Feuchtschäden im Küchen-, Sanitär- und Lagerbereich festgestellt werden. Diese Schäden bedürfen einer sofortigen Sanierung, die Kosten belaufen sich lt. KV des Bauunternehmens Gruber GesmbH. & Co KG, 3151 St. Georgen, Ochsenburger Str. 4, auf €12.195,60.

Dem Antrag des Umweltgemeinderates um Beauftragung des Bauunternehmens Gruber zur Beseitigung der Feuchtschäden am FF-Gebäude wird einstimmig zugestimmt. Die Bedeckung der außerplanmäßigen Ausgabe erfolgt aus dem Überschuss des RA 2009.

Freiwillige Feuerwehr – Alarmierungsentgelt 2010.

Der Gemeinderat stimmt der Ausbezahlung der Alarmierungskosten in der Höhe von € 1.974,90 (€ 0,30 pro EW) für das Jahr 2010 an das Bezirksfeuerwehrkommando St. Pölten einstimmig zu.

Schriftführer:

Bürgermeister:

Für den SPÖ-Klub:

Für den ÖVP-Klub:

Für den FPÖ-Klub:

Die Grünen:

Kopien an:

1. Bürgermeister
2. SPÖ-Klub
3. ÖVP-Klub
4. FPÖ-Klub
5. Die Grünen
6. Bauamt
7. Abteilung für Melde- u. Personenstandswesen, Friedhofverwaltung, Soziales, Gesundheit, Landwirtschaft, Tourismus
8. Rechnungsamt
9. Versorgungsbetrieb